



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3608-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinbau, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig. Bestellsig.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: nm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: nm-Zeile 20 Pfennig. Jede Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige 15 Pf.] • Nr 506

DIENSTAG, 27. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

## „Blauvulle Zusammenarbeit“

### Die Bedeutung des italienischen Besuchs

Mitsprache Dr. Brüning und der italienische Außenminister Grandi haben über die deutsch-italienische Aussprache dieses Communiqué ausgegeben:

„Mittels des Anwehens des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichsaußenminister ein eingehendes politisches Gespräch stattgefunden. Anknüpfend an den freundschaftlichen Beziehungen, die der Reichsaußenminister seit langem gepflegt hat, wurde über die italienischen Beziehungen nachdenklich gemacht, wurden in diesen Beziehungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird.“

Bei der Aussprache, die mit voller Offenheit und in freundschaftlichster Gemüthsstimmung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Hebung eines neuen Ausbaus, das die wirksame Befähigung einer Stelle, wie sie heute die Welt erfordert, ohne eine planmäßige Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht möglich ist, und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erlolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

★

Der Besuch des italienischen Außenministers in Berlin hat vornehmlich der Klärung der großen Probleme und ihrer Lösungsprinzipien gedient; es ist, wie wir mit gut informierten Kreise hören, stets gegenseitig anerkennend und schätzend verhandelt worden, über eine gemeinsame Aktion in hoher Zukunft wegen der Unmöglichkeit des Washingtoner Ergebnisses gar nicht ins Auge gefaßt werden konnte. Der große Wert der Besprechungen liegt vor allem in der Tatsache, daß die beiderseitige Einstellung zu allen imwichtigen Fragen von beiden Nationen aus klar gestellt wurde, man also im nächsten Jahre bei jedem politischen Ereignis von Bedeutung die Haltung des anderen Staates wird voraussagen können.

Gesprochen wurde über das Stadium der Weltwirtschaftskrise, die Frage des englischen Pfunds und die vorläufigen Folgen der britischen Rezession; auch das Streikschuldenproblem, die Stillhalterverhandlungen und die Abfertigungsfragen wurden berührt. In den meisten Punkten wurde völlige Übereinstimmung festgestellt; irgendein Gegenstand hat sich überhaupt nicht offenbart, wenn auch an manchen der besprochenen Probleme einander Deutschländer oder Italiener kein unmittelbares Interesse hatten, so daß keine gemeinsame Aufassung festgestellt werden konnte. Die Unklarheit über die franco-amerikanische Aussprache, besonders über diejenige Fragen, über die Canal und Hoover zu seiner Einigung gelangen konnten, drückte der Zukunft naturgemäß irgend einen Stempel auf; da man vor Canals Eintreffen in Paris keine amtlichen Versicherungen über die Kanterung im Weissen Haus ermittelte, muß italienischer Grandi heute an seinem letzten Berliner Tag keinerlei politische Besprüche mehr führen, sondern die deutsche Reichshauptstadt besichtigen.

## Mussolini proklamiert Revision

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 26. OKTOBER

Vor einer Menschenmenge von 50 000 bis 60 000 Personen sprach Mussolini nachmittags in Rom. Besonders bedeutsam waren seine Erklärungen zur Außenpolitik. Der Faschismus habe schon vor neun Jahren Italia Weltfrieden gesogen und der Welt empfangen. Diese Weltfriedensarbeiten heute die Grundlage für alle Verhandlungen.

„Aber wir fragen uns, welche Wirkung nach die 70 Jahre hergeben, bis man das Wort „Friede“ unter die tragliche Bedingung des Lebens und Nehmens mit legen können, unter die falsche Rechnung, die mit dem Blut so vieler Millionen junger Menschen geschrieben ist, für die die Come des Tages nicht mehr ist? Wir fragen weiter: kann man legen, daß eine juristische Gleichheit besteht zwischen den Nationen, wenn die eine Seite bis zu den Zähnen in Waffen bereit, die andere dazu verurteilt ist, nachzugeben zu bleiben? Wie kann man von europäischen Sicherheitsfragen, wenn nicht einige Klaukeln einiger Friedensverträge ge-

ändert werden, die die Welt an den Rand des materiellen Zerfalls und der moralischen Verarmung bringen haben?“

„Wie lange wird es noch dauern, bis man sich getraut haben überzeugt, daß in dem Abwärtstriebe der Welt etwas nicht in Ordnung ist? Nur so wird man zu einem wahren Frieden kommen, der nicht im Widerspruch steht zur Gerechtigkeit. Denn andernfalls ist dieser Friede nichts als ein Verlöbniß der Neugier, der Müde und der Furcht.“

## Im Geiste des Grandi-Besuches

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖLN, 26. OKTOBER

Zur Eröffnung des Deutsch-Italienischen Jubiläumstages, die mit einer Feier im Rathaus begonnen wurde, hatten sich neben deutschen und italienischen Behörden-Vertretern zahlreiche Männer der Wissenschaft und Kunst aus beiden Ländern eingefunden.

Überbürgermeister Dr. Dehaener trug in seiner Rede an die wertvolle Vorbereitung, die die Presse zur geistigen Befähigung Europas geleistet habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Jubiläum den Geist der Bestrebungen fähig, der Grundlage zur Erneuerung Europas ist.

Professor Dr. Gentile, der Vertretungsminister Mussolinis, überbrachte die Grüße der italienischen Regierung. Außenminister Grandi hat die Festrede über die Beziehungen zwischen Deutschland.

Aus Italien sind eine Anzahl von Begrüßungsadressen und Schreiben dem Kaiser-Überbürgermeister zugegangen, darunter vom Minister Botto, vom Präsidenten der Abgeordnetenkammer Giurati, vom Gouverneur der Stadt Rom, vom Rektor der Universität Rom und anderen.

## China bietet Schiedsvertrag an

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 26. OKTOBER

Der chinesische Delegierte hat bei insofern des Besuchs und des Ausganges der Ratssitzung vom Sonnabend an den Präsidenten des Rates, Briand, ein Schreiben gerichtet, laut welchem die chinesische Regierung bereit ist, mit Japan einen Schiedsvertrag nach dem Willen der Schiedsrichter des Völkerbundes oder nach den der beteiligten Staaten abzugeben. Dieser Vertrag geht auf Aufhebungen von Streitigkeiten und Verträgen am letzten Tag der Ratsoverhandlungen zurück, wonach die Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und China über die Mittel- und die Traktate der zwischen ihnen bestehenden Verträge am besten durch Schiedsrichterliche oder gerichtliche Verfahren des Internationalen Gerichtshofs gelöst werden könnten, wie es übrigens in Artikel 13 des Völkerbundes-Pakts vorgesehen ist. Der Delegierte fügte noch etwas nachfolgend hinzu, daß Japan dagegen doch gewiß nichts einzuwenden haben dürfte, zumal der gegenwärtige Präsident des Internationalen Gerichtshofs ein Japaner ist.

## Neue Zusammenstöße auf Zypern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ATHEN, 26. OKTOBER

Nach vier einlaufenden Meldungen kam es heute in Zypern auf Zypern zu neuen ersten Zusammenstößen, als die Menge des Verfalls machte, öffentliche Gebäude zu fällen und zu zerstören. Polizei und Militär trieben die Demonstranten auseinander, wobei mehrere Polizisten verletzt wurden.

Der Erzbischof wiederholte dem Gouverneur, daß er keinerlei Verantwortung tragen möglicher neuer bedauerlicher Zusammenstöße übernehmen könne, solange die Bevölkerung von apertem Nationalismus aufrechterhalten werde. Der Gouverneur erklärte ihm, daß die englischen Behörden entschlossen seien, an jeder Preis die Ordnung wiederherzustellen.

## Ohne Amerika?

Der französische Dampfer „Asie de France“ wird Pierre Laval über den Ocean zurückbringen, obgleich die kanonischen Sideretismen in die Erfüllung gegangen sind. Die Hoffnung, amerikanische Garantien in irgendeiner Form zu erhalten, man einer der Hauptprogrammteile des französischen Ministerpräsidenten. Das Schicksal jeder Vereinbarung hat diese Hoffnung jäh abgebrochen. „Rien à faire ici. Europa muß sich selber helfen.“ Was man die Worte Laval's, als er nach der letzten dreifachhändigen Unterhaltung mit Hoover das Weisse Haus in Washington verließ. „A man Europa will selber helfen? Kann man seine Probleme an unter fremden an erster Stelle die Sideretismen ohne jede Unterstützung Amerikas lösen? Bisher hat es nicht diesen Anschein gehabt, und grade die französische Politik mit ihrer immer wieder in den Vordergrund gestellten Sideretismen hat viele Jahre lang das Bestreben gezeigt, Amerika in ein System der Garantien für das politische Europa einzufügen.“

Schon bei den Verhandlungen über den Verfall der Vertrag hat Frankreich den Wunsch geäußert, über das damals erstellte Militärabkommen mit England hinaus amerikanische Garantien zu erhalten. Dieser Vertrag bestätigte etwa zu derselben Zeit einig, als Andreu Zardone in der französischen Kammer bei der Verteidigung des französisch-Friedensvertrages der Rechtsopposition entgegenhielt, daß die militärischen Bestimmungen dieses Friedensvertrages sicherlich nicht für alle Zukunft jede nur denkbare Gefahr ausschalten würden, daß aber der Vertrag als Ganzes Frankreich das größte nur denkbare Maß an Sicherheit biete.

Von diesem Zeitpunkt an sind die Vorläufe in der Sideretismen in regelmäßigen Zwischenräumen wiederholt worden. Obwohl Herriots große Rede auf der September-Tagung des Völkerbundes im Jahre 1924 gab den Kammerparlament für jenen großen Vertrag an, unter dem letzten die französische Politik nach: Sicherheit, Sideretismen, Gerichtsbarkeit, Ehrlichkeit. Diese drei Begriffe sollten nach den Worten Herriots für die französische Politik ein unmittelbares Ganzes bilden, und sie haben es bis zum heutigen Tage getan.

Die Garantien, die der Völkerbund selbst in Milligramm bietet, sind sicherlich nicht gering einzuweisen. Aber die französische Auffassung ist stets davon ausgegangen, daß die Sicherheit dieses Pakts nicht ausreichend sei. Der Vertrag bedenkungswürdig war über etwas folgendes: Im Falle eines den Frieden bedrohenden Konflikts zwischen zwei Staaten kam der Völkerbundrat auf Grund des Artikels 11 der Satzung anrufen werden. Daß die Möglichkeit des Rates verhältnismäßig beschränkt ist, wenn nur ein Antrag auf Grund des Artikels 11 vorliegt, haben grade jetzt wieder die Verhandlungen im mandchurischen Konflikt gezeigt, und es bedarf also nur der Weigerung eines der beteiligten und es bedarf also nur der Weigerung eines der an dem Streitfall unmittelbar beteiligten Staaten, um die verbindliche Beschlußfassung zu verhindern. Mehrig bleibt dann eine Art von Empfehlung, an die die betreffenden Staaten nicht gebunden sind. Erst wenn der Rat von neuem — und nun auf Grund des Artikels 15 der Satzung — angerufen wird, kann er einen Beschluß unter Ausföhrung der unmittelbar beteiligten Parteien fassen. In diesem Artikel 15 liegt aber jene berühmte Lücke des Völkerbundespakts, die die gegenwärtigen legalen Streitigkeiten des Völkerbundes zum mindesten theoretisch nicht völlig ausschaltet. Wenn nämlich derjenige Staat, der wie etwa jetzt im mandchurischen Konflikt Japan bereits zu irgendeiner militärischen Aktion geschritten ist, vom Völkerbundrat die Auflage erhält, diesen Schritt rückgängig zu machen und er dieser Auflage nicht nachkommt, so hat kein Sideretismen unter gewissen Voraussetzungen das Recht, mit dem Waffen in der Hand sich ihm zum Völkerbundrat zuzugewandt Recht zu haben.

Diese Lücke wird auch durch den Kellogg-Pakt nicht völlig geschlossen. Bestehens solange nicht, als der Kellogg-Pakt für seine Mitglieder nur negative und keine positiven Verpflichtungen enthält. Verboten ist durch den Kellogg-Pakt jeder Angriffskrieg. Aber der Krieg aus Artikel 15 des Völkerbundespakts kann, da er ein legaler Krieg ist, den Staat, der der Entschädigung des Völkerbundes gemäß handelt, nicht zum Angreifer im Sinne des Kellogg-Pakts stampeln.

Aber auch die weitergehenden Sideretismen, die der Art 15 des Völkerbundespaktes kein rechtswidrig angreifenden Mitglieder bietet, ist nach der französischen Auffassung unter Umständen nicht ausreichend. Dieser Artikel 15 heißt die